



Verantwortung übernehmen – Leistung ermöglichen – Zukunft sichern

Positionspapier zur Bildungspolitik

anlässlich der gemeinsamen Klausurtagung von

Landesverband und Bürgerschaftsfraktion der CDU Bremen

beschlossen in Berlin, am 24. Januar 2026

7
8 Trotz eines bestehenden, parteiübergreifend getragenen Bildungskonsenses ist es
9 dem Bremer Senat bislang nicht gelungen, die hiesige Bildungspolitik nachhaltig zu
10 stabilisieren und zukunftsorientiert aufzustellen. Vielmehr verfestigen sich strukturelle
11 Defizite, die sich insbesondere in alarmierenden Bildungskennzahlen widerspiegeln:
12 Bremen belegt seit Jahren regelmäßig den letzten Platz in bundesweiten Leistungs-
13 vergleichen (IQB-Bildungstrend), der Anteil von Schülerinnen und Schülern ohne
14 Schulabschluss ist weiterhin inakzeptabel hoch und der Bildungserfolg hängt in kei-
15 nem anderen Bundesland so stark vom sozialen Hintergrund ab wie hier. Diese Aus-
16 gangslage ist weder hinnehmbar noch zukunftsorientiert.

17 Vor diesem Hintergrund gewinnt Bildung als zentraler Standort- und Zukunftsfaktor
18 für Bremen eine herausragende Bedeutung. Angesichts gravierender sozialer Indi-
19 katoren sowie des ab 2026 geltenden Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung
20 stehen sowohl Bremerhaven als auch Bremen vor der zwingenden Aufgabe, Ver-
21 lässlichkeit, Qualität und echte Bildungsperspektiven für alle Kinder und Jugendli-
22 chen sicherzustellen. Der quantitative und qualitative Ausbau des Ganztags sowie
23 ein wirksamer Umgang mit sozialer Benachteiligung müssen daher zu leitenden

24 Grundprinzipien der künftigen Bildungspolitik werden und verbindlich im nächsten
25 Bildungskonsens verankert sein.

26 Unser gemeinsames Ziel als CDU-Landesverband und als CDU-Fraktion in der Bre-
27 mischen Bürgerschaft ist es, Bildungsgerechtigkeit substantiell zu verwirklichen und
28 *jedem* Kind – unabhängig von Herkunft, Wohnort oder Elternhaus – faire Chancen
29 auf erfolgreiche Bildungsbiografien zu eröffnen. Ein solcher Kurswechsel kann nur
30 im Rahmen eines gemeinsamen, überparteilichen Kraftaktes gelingen, der Bildung
31 wieder als gesamtgesellschaftliche Kernaufgabe begreift und langfristig absichert.

32 Aus dieser Analyse leiten sich die nachfolgenden bildungspolitischen Schwerpunkte
33 ab, mit denen die CDU Bremen einen verbindlichen Orientierungsrahmen für eine
34 verlässliche, gerechte und leistungsfähige Bildungspolitik formuliert.

35 **1. Schulbau- und Personalsteuerung: Strategische Daseinsvorsorge für eine
36 leistungsfähige Bildung**

- 37 • Die Schulinfrastruktur in Bremen befindet sich in einem Zustand, der inzwischen
38 nicht mehr nur qualitative Defizite offenbart, sondern die Funktionsfä-
39 higkeit des Schulwesens insgesamt gefährdet. Der schulische Kapazitätsaus-
40 bau ist zu einer Frage der elementaren Daseinsvorsorge geworden. Es droht
41 in den kommenden Jahren ein reales Szenario, in dem sich staatliches Han-
42 deln auf die bloße Aufrechterhaltung des Rechtsanspruchs auf einen Schul-
43 platz beschränkt. Die CDU Bremen begreift die Sanierung maroder Schulge-
44 bäude und den beschleunigten Neubau von Schulen daher als zwingende Zu-
45 kunftsinvestition. Moderne, sichere und ausreichend dimensionierte Schulge-
46 bäude sind keine freiwillige Leistung, sondern Grundvoraussetzung für die Er-
47 füllung des staatlichen Bildungsauftrags. Entsprechend müssen erhebliche
48 Mittel mobilisiert und vor allem effizient eingesetzt werden, um den massiven
49 Sanierungs- und Neubaubedarf zügig abzubauen.

- 50 • Platzmangel beseitigen – Rechtsanspruch sichern: Der akute Raum- und
51 Platzmangel an Bremer Schulen, insbesondere in der Sekundarstufe I

(Klassen 5–10), hat ein Ausmaß erreicht, das den verlässlichen Schulbetrieb zunehmend infrage stellt. Steigende Schülerzahlen treffen auf unzureichende Kapazitäten. Jedes Kind hat jedoch einen Anspruch auf einen vollwertigen Schulplatz in angemessenen räumlichen Bedingungen. Anstelle fortgesetzter Notlösungen bedarf es einer vorausschauenden, realistischen Schulentwicklungsplanung mit dem klaren Ziel, zusätzliche Schulplätze schnell und dauerhaft zu schaffen. Schulbaupolitik darf sich nicht länger im Reagieren erschöpfen, sondern muss antizipierend und verbindlich erfolgen.

- Schluss mit Provisorien – wirtschaftlich wie pädagogisch: Container-Klassenzimmer und andere Behelfsbauten dürfen kein struktureller Bestandteil der Bremer Schullandschaft werden. Derzeit werden an über 60 Schulstandorten in der Stadtgemeinde Bremen dauerhaft Containeranlagen als Klassenräume genutzt, davon 46 zur Miete – mit monatlichen Mietkosten von über 1,1 Millionen Euro allein. Pausenhöfe werden zu Containerdörfern umfunktioniert. Diese Praxis ist Ausdruck jahrelangen Planungsversagens, bindet erhebliche Haushaltsmittel und verschlechtert zugleich die Lernbedingungen. Temporäre Lösungen gehören ausschließlich in echte Ausnahmesituationen und nicht in den schulischen Normalbetrieb. Zur Sicherstellung eines verlässlichen Unterrichtsangebots an Schulen mit struktureller Unterversorgung sind – wo erforderlich – auch Abordnungen von Lehrkräften ein notwendiges Instrument, das wir im Sinne der Bildungsgerechtigkeit verantwortungsvoll nutzen.
- Tempo, Verantwortung und neue Instrumente im Schulbau: Die CDU Bremen fordert einen grundlegenden Kurswechsel von kurzfristigem Krisenmanagement hin zu frühzeitiger Bedarfsprognose und beschleunigter Umsetzung von Schulbauvorhaben. Dazu gehört auch eine ehrliche Bestandsaufnahme in Bezug auf die Umsetzungsfähigkeit der öffentlichen Hand. Angesichts der Vielzahl parallel anstehender Bauprojekte ist es sachgerecht und zwingend notwendig, offen für Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP/PPP) zu sein, um zusätzliche Kapazitäten, Planungssicherheit und Umsetzungsgeschwindigkeit zu gewinnen. Zugleich muss die bestehende Schulbaugesellschaft ihrer

82 besonderen Verantwortung gerecht werden: Sie ist verbindlich in die Pflicht
83 zu nehmen, Verfahren zu straffen, Prioritäten klar zu setzen und bei Planung
84 wie Realisierung deutlich an Tempo zuzulegen. Jede vermiedene Interimslösung
85 ist ein Gewinn für die Unterrichtsqualität, die Fachraumversorgung und
86 das Vertrauen der Eltern in eine verlässliche Bildungsplanung.

- 87 •

88 **2. Basiskompetenzen in den Mittelpunkt stellen**

- 89 • Konzentration auf Lesen, Schreiben, Rechnen: Die Vermittlung solider Basis-
90 kompetenzen muss wieder oberste Priorität in allen Schulen in Bremerhaven
91 und Bremen haben. Wir brauchen einen klaren Fokus auf die Kernfächer
92 Deutsch und Mathematik sowie auf Leseförderung – hier entscheidet sich der
93 Bildungserfolg der Kinder. Unterricht und Lehrpläne sind darauf auszurichten,
94 dass alle Schüler am Ende der Grundschule sicher lesen, schreiben und rech-
95 nen können.
- 96 • Gezielte Fördermaßnahmen: Schwächen der Schülerinnen und Schüler in den
97 Grundfertigkeiten sind frühzeitig zu erkennen und systematisch anzugehen.
98 Die CDU Bremen fordert beispielsweise die Einführung einer zusätzlichen
99 Deutschstunde in der Grundschule zur Stärkung der Sprachkompetenz. Er-
100 gänzend sollen Förderprogramme (Nachhilfe, *Lesepaten*, Mathematikwerk-
101 stätten etc.) ausgebaut werden, um Defizite in Deutsch und Mathematik
102 rechtzeitig aufzuholen. Kein Kind darf wegen anfänglicher Schwierigkeiten
103 dauerhaft abgehängt werden. Die fünfjährige Verweildauer in der Grund-
104 schule ist bei erkanntem Bedarf voll auszuschöpfen.
- 105 • Kein Schüler ohne Abschluss: Es muss das Ziel aller Anstrengungen sein, dass
106 kein Jugendlicher die Schule ohne Abschluss verlässt. Für leistungsschwä-
107 chere Schüler sind spezielle Unterstützungsangebote (z. B. Förderklassen,
108 Sommercamps zur Lernaufholung) bereitzustellen. Der Grundsatz lautet: Auf-
109 stieg durch Bildung – jeder soll zumindest einen ersten allgemeinbildenden
110 Schulabschluss erreichen können.

111 **3. Frühkindliche Sprachförderung ausbauen**

- 112 • Frühe Sprachstand-Tests: Sprache ist der Schlüssel zum Lernen. Daher plä-
113 diert die CDU für verbindliche Sprachtests im Vorschulalter – spätestens ab
114 dem 4. Lebensjahr. Diese Sprachstandsfeststellungen der Kita-Kinder und
115 Nicht-Kita-Kinder sollen flächendeckend eingeführt werden, um Förderbe-
116 darfe früh zu erkennen. So können Kinder mit Sprachdefiziten rechtzeitig ge-
117 fördert werden, bevor sie in die Schule kommen.
- 118 • Intensive Förderung in Kitas: Kindertagesstätten sind die ersten Bildungsin-
119 stitutionen. Sie müssen personell und konzeptionell so ausgestattet sein,
120 dass sie eine *deutlich stärkere frühkindliche Förderung* leisten können. Wir
121 fordern mehr Sprachförderkräfte in den Kitas und einen Fokus auf alltagsin-
122 tegrierte Sprachbildung. Besonders in sozial herausgeforderten Quartieren
123 braucht es kleinere Gruppengrößen und gezielte Programme, damit alle Kin-
124 der mit ausreichend Deutschkenntnissen in die Schule starten.
- 125 • Basiskompetenzjahr vor der Einschulung: Für Kinder, die bei der Einschulung
126 noch nicht schulreif sind oder erhebliche Sprach-/Entwicklungsrückstände
127 haben, fordern wir die Einführung eines „Basiskompetenzjahres“. Angelehnt
128 an das erfolgreiche Hamburger Vorschulmodell, sollen hier spielerisch und in-
129 tensiv die notwendigen Fähigkeiten vermittelt werden (Sprache, Motorik, so-
130 ziales Verhalten). Kein Kind soll eingeschult werden, ohne die nötigen Grund-
131 lagen mitzubringen; notfalls erhält es ein Jahr extra Zeit und Förderung, um
132 den Anschluss zu schaffen.
- 133 • Eltern mit ins Boot holen: Frühkindliche Förderung gelingt am besten im Drei-
134 klang von Kita, Kind und Elternhaus. Wir setzen auf Programme zur Elternbil-
135 dung in Bezug auf Sprachentwicklung (z.B. Vorlese-Initiativen, Elternbera-
136 tung in Kitas). Eltern – insbesondere in Familien mit geringen Deutschkennt-
137 nissen – sollen angeleitet werden, wie sie ihre Kinder zu Hause spielerisch
138 sprachlich fördern können. Frühzeitige Sensibilisierung und niedrigschwellige
139 Angebote (Eltern-Kind-Gruppen, Bücherboxen etc.) stärken die Sprachkom-
140 petenz der Kinder langfristig.

- 141 • Wir wollen eine verbindliche Elternarbeit beim Basiskompetenzjahr: Dazu ge-
142 hört die Durchführung mehrsprachiger Elterninformationskampagnen und be-
143 gleitender Elternberatungen zum insbesondere auch im Hinblick auf die Er-
144 höhung der Bereitschaft der datenschutzkonformen Verwendungen bzw.
145 Weitergabe von Sprachstandserhebungen durch Erzieherinnen und Erziehern
146 sowie Sprachassistenzen in den Kindertageseinrichtungen.
- 147 • Verbindliche Kooperationen von Kindergarten und Grundschule: Wir wollen
148 die Verbundarbeit zwischen Kindergarten und Schule nach dem Vorbild Bre-
149 merhavens stärken.

150 **4. Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe I verbessern**

- 151 • Besseres Übergangsmanagement: Der Übergang von Klasse 4 zu Klasse 5
152 entscheidet oft über den weiteren Bildungsweg. Umso wichtiger ist eine in-
153 tensive Beratung und Vorbereitung der Eltern und Kinder im letzten Grund-
154 schuljahr. Wir fordern eine verbindliche Schullaufbahnempfehlung in Bezug
155 auf die passende weiterführende Schule. Als empirische Beurteilungsgrund-
156 lage könnte hierfür z. B. eine wiederholte VERA-3-Testung (am Ende von
157 Klasse 3 *und* 4) dienen.
- 158 • Kooperation Grundschule – Weiterführende Schule: Grundschulen und Sek-I-
159 Schulen (Oberschulen und Gymnasien) sollen enger zusammenarbeiten, um
160 den Übergang fließender zu gestalten. Dazu gehören gegenseitige Hospita-
161 tionen von Lehrkräften, der Austausch von Leistungsprofilen der Viertklässler
162 und gemeinsame pädagogische Konzepte für die Einstiegsphase in Klasse 5.
163 Wenn Grundschullehrer ihr Wissen über Stärken und Schwächen der Kinder
164 an die neuen Lehrer weitergeben, kann die weiterführende Schule passge-
165 nauer fördern – z. B. durch Anfangsklassen auf unterschiedlichem Niveau
166 oder zusätzliche Übungen in den Kernfächern.
- 167 • Auffang- und Förderprogramme in Klasse 5/6: Die ersten beiden Jahre der
168 Sekundarstufe I sind *Orientierungsstufen*, in denen die Weichen gestellt wer-
169 den. Wir setzen uns dafür ein, in Klasse 5 und 6 verstärkt Fördermaßnahmen

170 anzubieten. Dazu zählen etwa zusätzliche Unterrichtsstunden in
171 Deutsch/Mathe für Schüler mit Förderbedarf, Teams aus Schulsozialarbeitern
172 und Sonderpädagogen zur Begleitung des Übergangs sowie ggf. Starterklassen
173 oder Sommercamps für späzugewanderte Kinder ohne Deutschkenntnis.
174 Kein Kind soll beim Übergang verloren gehen – die weiterführende
175 Schule muss alle Schüler dort abholen, wo sie stehen.

176 **5. Qualitätssicherung durch Evaluation und Konsequenzen**

- 177 • Regelmäßige Lernstandserhebungen: Eine systematische Qualitätssicherung
178 und -entwicklung erfordert messbare Daten. Bremen hat mit LALE (Lernaus-
179 gangslagen-Erhebung) bereits ein Instrument nach Hamburger Vorbild – dies
180 wollen wir auf alle Schulen ausweiten. Künftig sollen an allen Oberschulen und
181 Gymnasien verbindliche standardisierte Tests in zentralen Jahrgangsstufen
182 (Klasse 5, 7 und 9) durchgeführt werden. Diese Vergleichstests (vordringlich
183 in Deutsch und Mathematik) liefern objektive Erkenntnisse über den Lern-
184 stand der Schüler und ermöglichen es, Schwachstellen gezielt zu identifizie-
185 ren.
- 186 • Transparenz und Feedback-Kultur: Die Ergebnisse solcher Tests und weiterer
187 Prüfungen müssen systematisch ausgewertet und den Schulen rückgemeldet
188 werden. Eine offene Feedback-Kultur ist entscheidend: Schulen sollen erken-
189 nen, welche Unterrichtsansätze erfolgreich sind und wo es Verbesserungs-
190 bedarf gibt. Best-Practice-Beispiele – etwa Schulen, die trotz schwieriger
191 Ausgangslagen gute Fortschritte erzielen – müssen sichtbar gemacht und
192 zum Vorbild für andere werden. Gleichzeitig sollen die Resultate nach Schulen
193 (unter Berücksichtigung des Sozialindex) transparent gemacht werden, um
194 einen leistungsfreundlichen Wettbewerb zu fördern und Eltern eine infor-
195 mierte Schulwahl zu ermöglichen.
- 196 • Konsequenzen bei Mängeln: Qualitätssicherung heißt auch, aus den Befun-
197 den tatsächliche Konsequenzen zu ziehen. Wenn an einer Schule die Ergeb-
198 nisse trotz Unterstützung *dauerhaft unzureichend* sind, so darf das nicht fol-
199 genlos bleiben. Die Schulträger müssen in solchen Fällen verstärkt eingreifen

200 – zum Beispiel durch zusätzliche Fortbildungen für das Kollegium, externe Be-
201 ratungs-Teams für Schulentwicklung oder notfalls personelle Änderungen in
202 Schulleitung und Verwaltung. Unser Anspruch: Kein Wegschauen bei Bil-
203 dungsproblemen; externe Evaluation schafft Transparenz. Kinder sollen nicht
204 jahrelang unter schlechten Verhältnissen leiden müssen, ohne dass gegen-
205 gesteuert wird.

- 206 • Kontinuierliche Verbesserung: Die CDU Bremen will eine Kultur der kontinu-
207 ierlichen Evaluation etablieren. Dazu gehören neben Leistungstests auch re-
208 gelmäßige Befragungen von Schülern, Eltern und Lehrkräften zur Schulquali-
209 tät. Ihre Zufriedenheit und Rückmeldungen geben wichtige Hinweise, wo
210 Schulentwicklung ansetzen muss. Schulen, die sich verbessern, sollen aner-
211 kannt und gefördert werden; Schulen, die stagnieren, erhalten gezielte Hilfen.
212 Letztlich geht es darum, ein hohes Qualitätsniveau an *allen* Schulen in Bre-
213 merhaven und Bremen zu sichern – verlässlich überprüft und mit klarer Ver-
214 antwortlichkeit.

215 **6. Ganztagsangebote ausbauen und verlässlich gestalten**

- 216 • Rechtsanspruch 2026 umsetzen: Ab 2026/27 hat jedes Kind, das eingeschult
217 wird, bundesweit einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der
218 Grundschule. Bremen muss jetzt handeln, um diesem Anspruch gerecht zu
219 werden. Das bedeutet: rascher Ausbau der Ganztagsplätze an Grundschulen,
220 Schaffung zusätzlicher Räume und Einstellung von genügend Fachpersonal.
221 Der Grundstein dafür muss *sofort* gelegt werden, damit kein Kind ab 2026
222 mangels Platz seinen Rechtsanspruch einklagen muss.
- 223 • Qualität statt bloßer Betreuung: Ganztagschule ist mehr als Aufbewahrung.
224 Wir wollen Ganztagsangebote, die pädagogisch wertvoll und inhaltlich reich-
225 haltig sind. Das heißt: Am Nachmittag soll es Förderangebote (z. B. Hausauf-
226 gabenbetreuung, Lernförderung) und vielfältige Freizeitmöglichkeiten geben.
227 Die Kooperation mit dem Sozialraum ist dabei entscheidend: Schulen sollen
228 eng mit Sportvereinen, Musikschulen, Jugendzentren, der Jugendhilfe und
229 Kulturinstitutionen zusammenarbeiten, um den Kindern ein breites Angebot

zu machen – von Sport über Kunst bis Naturwissenschaft AGs. Die Schulen werden somit in Zukunft zu vitalen *Quartiersknotenpunkten*. Erst hierdurch wird der Ganztag zu einem Gewinn für die persönliche Entwicklung der Kinder und für mehr Bildungsgerechtigkeit.

- Verlässlichkeit garantieren: Ganztagsangebote müssen planbar und zuverlässig sein – für Eltern wie für Kinder. Wir fordern verbindliche Standards für den Ganztag, etwa ein Minimum an täglicher Betreuungszeit und eine garantiert pädagogische Betreuung an fünf Tagen die Woche. *Ausfälle* im Ganztag (z. B. wegen Personalmangel) dürfen nicht zur Regel werden – Eltern brauchen Verlässlichkeit, um Familie und Beruf vereinbaren zu können. Daher setzen wir uns für stabile Personalschlüssel, Vertretungsreserven und Qualifizierungsmaßnahmen ein, damit ausreichend Erzieher, Sozialpädagogen und Honorarkräfte verfügbar sind.
- Ganztag als Chance für mehr Bildungsgerechtigkeit: Richtig umgesetzt, kann der Ganztag einen Beitrag zu Chancenausgleich und besseren Lernerfolgen leisten. Kinder aus bildungsfernen oder sozial benachteiligten Familien profitieren besonders von guten Ganztagsangeboten – hier erhalten sie zusätzliche Lernzeit, ein warmes Mittagessen, Zugang zu Sport und Kultur und Unterstützung bei schulischen Anforderungen. Die CDU Bremen will den Ganztag deshalb vor allem in Brennpunkt-Stadtteilen priorisieren und dort kostenfrei anbieten, auch wenn das Angebot im Hort stattfindet. Unser Ziel: Alle Grundschulkinder sollen – unabhängig vom Elternhaus – die Möglichkeit haben, an einem qualitativ hochwertigen Ganztagschulangebot teilzunehmen.

7. Digitalisierung mit Augenmaß vorantreiben

- Pädagogik vor Technik: Die Digitalisierung der Schulen ist wichtig, aber sie ist kein Selbstzweck. Für uns steht im Vordergrund, dass digitale Medien einen konkreten pädagogischen Mehrwert liefern müssen. Nicht jede neue App oder jedes Gerät macht den Unterricht besser – entscheidend ist, wofür und wie digitale Mittel eingesetzt werden. Wir setzen auf ein Konzept von

- 259 Digitalisierung mit Augenmaß: erst die Didaktik klären, dann die Technik an-
260 schaffen.
- 261 • Digitale Kompetenzen vermitteln: Digitale Bildung bedeutet nicht nur Geräte
262 zu nutzen, sondern vor allem, Schülern einen kritischen und kompetenten
263 Umgang mit Medien beizubringen. Dafür wollen wir die Lehrkräfte fortbilden
264 (Medienpädagogik in Aus- und Weiterbildung stärken) und praxistaugliche
265 Konzepte entwickeln, wie digitale Werkzeuge den Unterricht bereichern kön-
266 nen. Ob Programmieren im Informatikunterricht der Sek I, Medienkunde oder
267 der Einsatz von Lernsoftware – immer steht die Frage im Mittelpunkt: *Wie*
268 *verbessert es das Lernen?* Die CDU setzt sich für Projekte ein, bei denen di-
269 gitale Methoden gezielt eingesetzt und deren Wirksamkeit evaluiert wird. Un-
270 ser Leitbild ist der „digital mündige“ Schüler: vertraut mit Technik, aber re-
271 flektiert und verantwortungsvoll in der Nutzung.
 - 272 • Psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen schützen: Wir sehen
273 den Schutz der psychischen Gesundheit von Schülerinnen und Schülern als
274 eigenständige bildungspolitische Verantwortung. Aktuelle internationale De-
275 batten – etwa in Australien – verdeutlichen, dass ein unregulierter Zugang zu
276 Social-Media-Plattformen insbesondere bei Kindern und Jugendlichen nach-
277 weislich mit erhöhten Risiken für Konzentrationsfähigkeit, Lernleistung,
278 Selbstwertentwicklung und psychische Stabilität einhergeht. Es ist daher er-
279 forderlich, den digitalen Raum nicht nur technisch, sondern auch pädagogisch
280 und ordnungspolitisch zu gestalten. Schule muss ein Schutzraum bleiben, der
281 altersgerechtes Lernen ermöglicht und Überforderung, Dauerablenkung so-
282 wie digitale Abhängigkeiten begrenzt. Wir setzen uns für klare, altersange-
283 messene und restriktive Regelungen im Umgang mit Social Media im schuli-
284 schen Kontext und darüber hinaus ein. Digitale Bildung bedeutet nicht gren-
285 zenlose Nutzung, sondern die Befähigung zu einem verantwortungsvollen,
286 reflektierten und gesundheitsverträglichen Umgang mit digitalen Medien.
 - 287 • Souveräner Umgang mit Künstlicher Intelligenz für Lehrkräfte und Schüler:
288 Künstliche Intelligenz wird zunehmend Teil des schulischen Alltags – von

289 Lernassistenzsystemen bis hin zu generativen KI-Anwendungen. Wir wollen
290 Schulen in die Lage versetzen, diesen Wandel souverän, reflektiert und ver-
291 antwortungsvoll zu gestalten. Dafür braucht es klare pädagogische Leitlinien
292 für den Einsatz von KI im Unterricht sowie verbindliche Fortbildungsange-
293 bote für Lehrkräfte. Schülerinnen und Schüler sollen frühzeitig lernen, KI-
294 Systeme kompetent zu nutzen, ihre Ergebnisse kritisch einzuordnen und
295 Chancen wie Risiken – etwa in Bezug auf Datenschutz, Urheberrecht und
296 Leistungsbewertung – zu verstehen. Ziel ist es, KI nicht als Abkürzung für
297 Lernen zu begreifen, sondern als Werkzeug, das eigenständiges Denken,
298 Kreativität und Problemlösekompetenz unterstützt. Die CDU setzt sich da-
299 her für eine altersgerechte KI-Bildung ein, die Transparenz schafft, Orientie-
300 rung gibt und den „digital mündigen“ Umgang mit neuen Technologien konsequent
301 stärkt.

302 **8. Schulen in freier Trägerschaft stärken**

- 303 • Anerkennung als Teil der Bildungslandschaft: Schulen in freier Trägerschaft
304 sind ein unverzichtbarer Bestandteil der Bremer Bildungsvielfalt und dürfen
305 nicht länger wie Schulen zweiter Klasse behandelt werden. Sie leisten einen
306 wichtigen Beitrag und sollen als gleichwertige Partner im öffentlichen Bil-
307 dungssystem gestärkt werden.
- 308 • Faire Finanzierung gewährleisten: Die staatliche Finanzierung freier Schulen
309 muss *ehrlich, auskömmlich und verlässlich* ausgestaltet sein. Die Zuschüsse
310 des Landes sind an den tatsächlichen Bedarf anzupassen – weg von der chro-
311 nischen Unterfinanzierung. Eine zügige Anpassung des Privatschulgesetzes
312 soll sicherstellen, dass die Finanzierungsgrundlagen konkretisiert werden und
313 freie Schulen dauerhaft arbeitsfähig bleiben. Planungssicherheit für Schüler-
314 schaft, Eltern und Lehrkräfte hat oberste Priorität. Echte Teilhabe an Bunde-
315 sprogrammen ist für uns dabei so selbstverständlich wie am Ganztagsaus-
316 bau.

- 317 • Neugründungen ermöglichen: Die CDU Bremen will die Gründung neuer Schu-
318 len in freier Trägerschaft erleichtern. Vielfalt wird gefördert durch zusätzliche
319 Schulangebote – auch in konfessioneller oder reformpädagogischer Ausrich-
320 tung –, solange sie den Bildungsstandards im Land Bremen entsprechen. Bü-
321 rokratische Hürden bei Genehmigungen müssen abgebaut werden, damit en-
322 gagierte Träger neue Schulen (von der Grundschule bis zur Oberstufe) etab-
323 lieren können. Ziel ist eine faire Wettbewerbsumgebung, in der freie Schulen
324 als Ergänzung zum staatlichen Angebot wachsen können.

325 **9. Bildungskonsens fortentwickeln – Stabilität sichern**

- 326 • Der Bremer Bildungskonsens hat sich als wirksames Instrument zur Befrie-
327 dung und Stabilisierung der Bildungspolitik erwiesen. Nach Jahrzehnten
328 wechselnder Reformansätze und parteipolitischer Auseinandersetzungen hat
329 der erstmals 2008 geschlossene Konsens verlässliche Rahmenbedingungen
330 für die strukturelle Entwicklung des bremischen Schulsystems geschaffen
331 und damit Ruhe in die Schullandschaft gebracht. Die Etablierung des zwei-
332 gliedrigen Systems aus Gymnasium und Oberschule sowie die Sicherung
333 durchgängiger Bildungsabschlüsse haben zu einer höheren Planungs- und
334 Verlässlichkeit für Schulen, Eltern und Lehrkräfte beigetragen.
- 335 • Die auf wissenschaftlichen Befunden beruhende Verlängerung des Bildungs-
336 konsenses im Jahr 2018 bis 2028 unterstreicht dessen grundsätzliche Trag-
337 fähigkeit. Ziel war und ist es, die Leistungsfähigkeit des bremischen Schul-
338 systems zu stärken, soziale Benachteiligungen abzubauen und den Anschluss
339 an nationale wie internationale Kompetenzniveaus wiederherzustellen.
- 340 • Vorbehaltlich der Ergebnisse der nun anstehenden wissenschaftlichen Evalu-
341 ation erklärt die CDU Bremen ihre grundsätzliche Bereitschaft, den Bildungs-
342 konsens über das Jahr 2028 hinaus erneut zu verlängern. Eine solche Ent-
343 scheidung muss sachlich, evidenzbasiert und im Geist überparteilicher Ver-
344 antwortung erfolgen. Wir rufen daher alle in der Bremischen Bürgerschaft ver-
345 tretenen Parteien dazu auf, frühzeitig konstruktive Gespräche aufzunehmen

346 und den Bildungskonsens auch künftig als tragende Säule einer verlässlichen
347 und langfristig angelegten Bildungspolitik zu sichern.